



Wir in Tostedt

SPD Tostedt
Ausgabe 1 März 2011

Dohren - Handeloh - Heidenau - Kakenstorf - Königsmoor - Otter - Tostedt - Welle - Wistedt

Neubau einer Grundschule an der Poststraße Tostedt



(gs) Die Grundschulen im Bereich der Samtgemeinde Tostedt wurden in den vergangenen Jahrzehnten in ihrer Größe und Ausstattung immer wieder den aktuellen Bedürfnissen moderner Pädagogik angepasst.

Auf Grundlage vorhandener Finanzmittel, aber auch unter Zuhilfenahme von Krediten, unter anderem auch aus der Kreisschulbaukasse, wurden viele Baumaßnahmen in die Tat umgesetzt.

So konnten aktuell an der Grundschule in Otter im Jahr 2010 im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme dringend erforderliche und lange Zeit immer wieder verschobene Um- und Erweiterungsarbeiten durchgeführt werden. Das Ergebnis wurde im Rahmen einer Feierstunde im vergangenen Sommer vorgestellt. Schülern, Lehrern und Eltern war die Freude über dieses gelungene Projekt unmittelbar anzumerken. Dass die Maßnahme außerdem mit Zuschüssen aus dem Konjunkturprogramm II gefördert wurde, rundete die Freude über das gelungene Projekt noch zusätzlich ab.

Der größte Mangel, mit dem die Samtgemeinde insbesondere aufgrund fehlenden Geldes seit vielen Jahren leben musste, war

die inzwischen in die Jahre gekommene Grundschule in der Poststraße in Tostedt. Dieser Missstand war uns (Politik und Verwaltung) seit langem bekannt.

Die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerinnen und Lehrer leiden nach wie vor unter den katastrophalen räumlichen Verhältnissen, und die Eltern beklagen diese Zustand zu Recht. In vielen Sitzungen, insbesondere des Schulausschusses, die des Öfteren vor Ort stattfanden, wurde immer deutlicher, dass ein von allen Seiten anerkannter dringlicher Neubau nicht mehr aufgeschoben werden konnte.

Nachdem mehrere Architekten ihre Entwürfe, sowohl für die angrenzend neu zu erbauende Kindertagesstätte als auch die Schule vorgestellt hatten, wurde mit großer Mehrheit das jetzt kurz vor dem Baubeginn stehende Objekt, ausgewählt.

So soll in den nächsten zwei Jahren in mehreren Bauabschnitten an gleicher Stelle eine funktionale und moderne vierzügige Grundschule entstehen. Der Raumbedarf wird hierbei, gemessen an den derzeitigen



© werner behrens architekten ingenieure

und zu erwartenden Schülerzahlen, großzügig bemessen sein. Dies ist aber auch unbedingt nötig, da eine pädagogische Arbeit in kleinen Gruppen und Einzelbetreuung sowie volle Halbtags- und Ganztagschulen immer mehr zum Standard schulischer Anforderungen werden.

Die Tostedter SPD freut sich darüber, dass dieser umfangreiche, immer wieder aufgeschobene Neubau nun endlich auf den Weg gebracht werden konnte und für die Betroffenen die Zeit absehbar sein wird, bis der lange ersehnte Umzug in die neue Schule erfolgen kann.

Kein CO₂-Endlager in der Samtgemeinde Tostedt



(rr) Ein mögliches CO₂-Endlager in der Samtgemeinde Tostedt, genauer in der Gemeinde Heidenau. Hierfür liegen entsprechende Informationen vor. Und in Heidenau haben sich Bürgerinnen

und Bürger erstmals getroffen. Denn dieser Bereich ist Teil eines 274 km² großen Areals, in dessen Tiefen ein CO₂-Endlager entstehen könnte.

Wir, die SPD in der Samtgemeinde Tostedt, sagen NEIN zur CO₂-Endlagerung, - nicht nur in der Samtgemeinde Tostedt. Es ist ein grundsätzliches Nein zur Einführung

der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (engl. Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS). Dies ist ein Trennverfahren für Kohlendioxid insbesondere aus Verbrennungs-Abgasen sowie dessen Injektion und behälterlose Lagerung in tiefen unterirdischen Gesteinsschichten auf unbegrenzte Zeit.

Was spricht für die CO₂-Endlagerung? Augenscheinlich NICHTS!

Denn, CO₂-Endlagerung ist keine Energielösung! Sie bindet viele Millionen Euro über eine nicht absehbare Zeit. Geld, das dann bei der Erforschung und Einführung erneuerbarer Energien fehlt.

Außerdem gibt es noch viele offene Fragen und grundsätzliche Bedenken bei der Umsetzung der CO₂-Endlagerung.

Um alle Bürgerinnen und Bürger sofort über CO₂-Endlager und das CCS Verfahren (CO₂-Abscheidung und Lagerung) zu informieren, hat die SPD Fraktion im Rat der Samtgemeinde Tostedt einen Antrag zur Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung gestellt.

Wer sich vorab informieren möchte, sollte im Internet unter CO₂-Endlager suchen.
<http://www.greenpeace.de/CO2Endlager>
http://www.de.wikipedia.org/wiki/CO2-Abscheidung_und_-Speicherung

Wir im Landkreis Harburg...

Was wird aus unserem Landkreis?

Der Landkreis Harburg hat in den letzten 40 Jahren eine unglaubliche Entwicklung erlebt: 1970 zählte er 145.000 Einwohner, im Jahr 2010 sind es 246.000. Wird das so weitergehen?

Die – allerdings nicht gesicherten – Prognosen gehen für das südliche Hamburger Umland von einem Zuwachs bis 2025 auf 260.000 aus, danach sind fünf Jahre Stagnation und im Anschluss ein Bevölkerungsrückgang angesagt.

Ursprünglich sollte sich der Landkreis schwerpunktmäßig entlang der Bahnachsen Harburg – Stade, Harburg – Buchholz – Tostedt und Harburg – Winsen – Lüneburg entwickeln. In den Achsenzwischenräumen sollten die vorhandenen geschlossenen Grünräume erhalten bleiben. Dieses Konzept ist inzwischen in einigen Bereichen durch Bauländerweiterungen durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Es kommt nun darauf an, die jetzt noch vorhandenen geschlossenen Grünräume wirksam zu schützen. Mit der Neufassung des Regionalen Raumordnungs-Programms des Landkreises (RROP) kann jetzt der weiteren Zersiedlung entgegengewirkt werden. Dafür braucht man im Kreistag entsprechende Mehrheiten. Gleichzeitig sollten wir den Blick über den Zeithorizont des RROP hinaus bis auf das Jahr 2050 richten. Nicht nur die Politik, alle an den öffentlichen Belangen Interessierten sollten sich der Frage stellen: Wie soll unser Landkreis im Jahr 2050 aussehen? Entwickeln wir doch unter breiter öffentlicher Beteiligung ein Leitbild für unseren hoffentlich auch zukünftig noch lebens- und liebenswerten Landkreis bis zur Jahrhundertmitte!



Prof. Dr.
Jens-Rainer
Ahrens

Der Landkreis Harburg darf keine „Maiswüste“ werden!

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt die Förderung regenerativer Energien. Dies gilt auch für den nachhaltigen Ausbau der Biogasnutzung besonders auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Für zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe sichert das zusätzliche Standbein Biogaserzeugung den wirtschaftlichen Erfolg.

Trotzdem kann die rasante Zunahme beim Bau von Biogasanlagen im Landkreis Harburg ohne planerische Grundlagen nicht länger hingenommen werden, denn der Betrieb von Biogasanlagen bedingt aus wirtschaftlichen Gründen den Ausbau entsprechender Energiepflanzen in möglichst naher Umgebung der Biogasanlagen. Es gibt bereits jetzt regionale Bereiche mit einer stärkeren Konzentration von Biogasanlagen und damit verbunden einem flächenmäßig ausgeprägteren Anbau von Energiepflanzen, vornehmlich Mais. Dies kann in der genannten Ausprägung nicht weiter hingenommen werden. Im Landkreis



Reinhard Riepshoff

müssen kurzfristig Mindestkriterien (Abwärrnenutzung, Ausschlussgebiete, etc.) für die Errichtung neuer Biogasanlagen eingeführt werden. Den Kommunen müssen planerische Regelungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Auch aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes birgt der verstärkte Bau von Biogasanlagen mit vermehrtem Anbau von Energiepflanzen Konfliktpotenzial. Naturschutzverbände fordern beispielsweise angesichts von Monokulturen in der Landschaft eine Beschränkung des Anteils einer Fruchtart in der Biogasanlage auf maximal 50 Prozent und die Einhaltung einer dreigliedrigen Fruchtfolge.

Auch die Jägerschaft klagt in einigen Regionen angesichts des verstärkten Maisanbaus über eine kaum noch zu kontrollierende Wildschweinpopulation. Auch darf der touristische Aspekt im Landkreis Harburg mit seinen zahlreichen sensiblen Bereichen nicht außer Acht gelassen werden.

Kommunen in Finanznot

Die SPD will das Schröpfen der Städte und Gemeinden durch die Landesregierung nicht hinnehmen

Das Schwimmbad um die Ecke wird geschlossen, die örtliche Bibliothek verschwindet, die Krippe für Kinder wird gar nicht erst eingerichtet, für Busfahrten muss man immer mehr bezahlen, und auch die Eintrittspreise fürs Theater klettern unverhältnismäßig in die Höhe, während man auf immer maroderen Straßen unterwegs ist. Das ist das Szenario, das droht, wenn die Landesregierung die Kommunen weiterhin finanziell im Regen stehen lässt. Auf die Städte und Gemeinden kommen Engpässe zu, die fatale Folgen für die Lebensqualität vor Ort haben.

Die Schwächung der Kommunen ist bereits jetzt eklatant. Die Landesregierung hat, um

den eigenen Haushalt zu konsolidieren (was nicht gelungen ist), die Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs gesenkt. Das kostet die Kommunen in Niedersachsen jedes Jahr rund 100 Millionen Euro! Die SPD-Landtagsfraktion hat sich frühzeitig gegen diese Maßnahme gestemmt. Wir fordern die Anhebung der Quote auf das vorherige Niveau.

Ab 2012 stellt das Land jährlich bis zu 35 Millionen Euro in einem Sondervermögen zur Rückführung von Liquiditätskrediten für Kommunen mit extremer Kassenkreditverschuldung zur Verfügung. Kommunen, die sich zu einer Fusion mit Nachbargemeinden bereit erklären, profitieren in der Regel von diesem sogenannten Entschuldungsfonds.

Die SPD will die Säulen der Kommunal Finanzen erhalten und tritt für eine Verstärkung der Einkünfte aus dem kommunalen Finanzausgleich ein. Das soll per Stabilisierungsfonds, der den Kommunen auch bei Einbruch der Steuereinnahmen eine Mindestsumme aus dem kommunalen Finanzausgleich zusichert, erreicht werden.

Und während CDU und FDP über die Abschaffung der Gewerbesteuer nachdenken, fordern



wir deren Weiterentwicklung. Die Kommunen benötigen verlässliche Einnahmen auf einem angemessenen Niveau. Die SPD will deshalb die Bemessungsgrundlage erweitern, indem auch Freiberufler in die Gewerbesteuer mitbezogen werden.

Starke und handlungsfähige Kommunen sind unser erklärtes Ziel. Städte und Gemeinden müssen ausreichend Finanzen zur Verfügung haben, um ihre Aufgaben auch im Dienste der

Bürgerinnen und Bürger effektiv wahrnehmen zu können. Damit nicht demnächst das Schwimmbad um die Ecke dichtgemacht werden muss...

Silva Seeler



Niedrigere Gebühren. Höhere Löhne. Mehr Gestaltungsspielraum!

Immer mehr Kommunen versuchen, Fehlentwicklungen der Privatisierungswelle zu korrigieren - und entdecken sich wieder als Arbeitgeber.

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen laufen in den nächsten Jahren die vertraglichen Bindungen mit den Unternehmen in verschiedenen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge aus. Dadurch ergibt sich die Frage, wie die Aufgaben in der Zukunft durch wen ausgeführt werden sollen. Mal ist es die Reinigung, mal sind es die Bauhöfe, dann wieder die Abfallwirtschaft, teilweise auch die Stadtwerke.

Während in einigen Kommunen munter weiter auf „Privatisierung“ gesetzt wird, holen sich andere Städte und Gemeinden längst zurück, was sie einst ausgegliedert haben. Und damit ist klar: Während der Privatisierungszug vor ein paar Jahren noch nur in eine Richtung fuhr und den Anschein erweckte, als würde er jeden Bereich erfassen, gibt es einen ersten Trend in die andere Richtung.

Rekommunalisierung heißt das Zauberwort. Sie ist zwar kein Indiz dafür, dass die Städte und Gemeinden finanziell gesehen aufatmen können. Im Gegenteil: Vielen Kommunen steht das Wasser nach wie vor bis zum Hals. In den vergangenen Jahren wurde auf Geldnot mit Privatisierung reagiert.

Mit der Privatisierung verloren die Städte und Gemeinden allerdings auch ihren politischen Einfluss, der Betrieb sowie die Kosten entzogen sich der öffentlichen Kontrolle und Steuerung. Immer wieder wurde zwar darauf verwiesen, dass die Privaten letztendlich billiger sind als die kommunalen Dienstleister. Aller-



Jens Feldhusen

dings haben Kommunen, die nun rekommunalisieren, genau das Gegenteil festgestellt: Die Kommunalen Dienstleister können die jeweilige Dienstleistung ebenso günstig – häufig sogar günstiger – und die Leistungen teilweise sogar besser als die Privaten anbieten. Rekommunalisierung bedeutet auch die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung neuer standortrelevanter Geschäftsfelder durch kommunale Unternehmen sowie durch die überwiegende Vergabe von Aufträgen der Kommunalwirtschaft an lokale und regionale Zulieferer, Handwerker und Dienstleister.

Dies bedeutet, dass die erwirtschafteten Renditen Zuführungen zu den kommunalen Haushalten ermöglichen und somit wichtige Beiträge zur Finanzierung weiterer kommunaler Aufgaben sind. Sowohl durch das eigentliche operative Geschäft als auch durch verschiedene Elemente freiwilligen gesellschaftlichen Engagements zeigen die Unternehmen der Kommunalwirtschaft zwei Seiten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, was man am Beispiel der Sparkassen sehr gut sehen kann.

Dies alles zeigt, dass die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe und Dienstleistungen – trotz oft erheblicher Anfangsinvestitionen – zahlreiche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die kommunalen Haushalte mit sich bringt.

Wollen wir die Lüneburger Wüste?

Für 30 Jahre wollen sich die Hamburger Wasserwerke (HWW) die Rechte an der jährlichen Förderung von 16,6 Mio. Kubikmetern Grundwasser in der Nordheide sichern. So ist es beim Landkreis Harburg beantragt. Wohin wird es führen, wenn dem Antrag gefolgt würde?

Nach der bereits Ende 2004 ausgelaufenen Genehmigung hatten die HWW das Recht, jährlich 25 (!) Mio. m³ Trinkwasser aus den 30 Brunnen in der Nordheide zu fördern. Freiwillig beschränkten sie sich auf 16 Mio. m³. Schon diese Menge führte aber in einigen Bereichen des Einzugsgebietes zu oberflächennahen Absenkungen des Grundwassers, z.B. im Oberlauf der Este und den Niederungen der Toppenstedter Aue oberhalb Toppenstedt. Ein Ergebnis im Beweissicherungsverfahren der alten Genehmigung, das uns im Arbeitskreis Wasserwerk Nordheide schon vor neun Jahren vorgestellt wurde.

Die Auswirkungen der Klimaentwicklung für die nächsten 30 Jahre sind nicht gesichert abzuschätzen, deshalb ist die Laufzeit absolut nicht akzeptabel. Jeder weitere sehr trockene Sommer verhindert die Neubildung des für uns und unsere Natur und Umwelt lebensnotwendigen Grundwassers.

Auch die Fördermenge ist auf den echten Trinkwasserbedarf Hamburgs zu reduzieren, vor allem, weil ja bekannt ist, dass die Hamburger Wasserwerke mehrere Mio. Kubikmeter Trinkwasser nach Lübeck weiter verkaufen! Wir wollen weitere negative Auswirkungen auf unsere Heideflüsse verhindern. Unsere Heide soll nicht zur Wüste werden!



Christa Beyer, Garstedt



Was uns in Königsmoor bewegt

Verkehrsanbindung

(ms) Dass man in Königsmoor günstig wohnen kann, ist bekannt, doch notwendig ist zumeist ein zweites Auto, und das relativiert den Kostenvorteil sehr schnell.

So bleibt nach wie vor ein zentrales Thema die schlechte Busanbindung nach Tostedt. Ein Großteil unserer Bürger wünscht sich einen funktionierenden Ringbus, mit dem man täglich zur Arbeit oder zum Bahnhof gelangen, Einkäufe und Arztbesuche besorgen, Freunde besuchen oder seinen Freizeitaktivitäten nachgehen kann. Hier ist ein Gesamtpaket in Rücksprache mit den Mitgliedsgemeinden wie z.B. Otter dringend notwendig.

Biogas

(ms) Ein weiteres Thema, nicht nur bei uns in Königsmoor, sind die Biogasanlagen. Wir hören immer häufiger, dass es sinniger ist, große Anlagen kontrolliert zu errichten, als dass die kleineren Anlagen wie Pilze aus dem Boden schießen. Ein negatives Beispiel ist hier der Landkreis Rotenburg (Wümme).

Im Übrigen macht es für uns „Normalbürger“ keinen Unterschied, ob der angebaute Mais >> verfüttert oder verfeuert wird <<. Die Wege auf das Feld, zum Anbau und anschließend zum Verwerten sind die gleichen.

Auch muss man sich darüber im Klaren sein, dass alternative Pflanzen, wie z.B. die

Zuckerrübe, auf unseren Böden kaum wachsen würden.

Kommunalwahl 2011

Natürlich ist die Kommunalwahl im September 2011 für uns ein Thema.

Unser Bürgermeister Hans- Jürgen Dahl wird nicht wieder kandidieren, und an dieser Stelle möchten wir die Gelegenheit nutzen und uns bei ihm für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit der letzten zehn Jahre bedanken.

Wir wünschen ihm und seiner Familie alles erdenklich Gute für den wohlverdienten Ruhestand.

Natürlich stellen sich einige Fragen. Wer wird wohl der Nachfolger sein? Wer kann ehrenamtlich neben Beruf und Familie ausreichend Zeit aufbringen? Wer hat das „know how“, die Kontakte zu den Bürgern und den Verwaltungen? Wer stellt sich den Bürgerinnen und Bürgern, der Kritik, und wer ist offen für Neues?

Gemeinsam haben wir im Königsmoorer Rat besprochen, dass ich der Kandidat für 2011 sein soll, und ich werde mich auch zur Verfügung stellen. Dies ist einmal mehr der Beweis dafür, dass der Rat in Königsmoor für die Sache und die Interessen der Bürger kämpft, denn die Mehrheitsverhältnisse (7 UWG und 2 SPD Sitze) sehen momentan anders aus.

Matthias Schuback

Wüstenhöfener Aue; Ausbau - aber wie?

(kd) Von der Kreisstraße 15 in Wüstenhöfen, bis ans Naturschutzgebiet „Großes Moor“ führt die Wüstenhöfener Aue. Ein Wirtschaftsweg, dem öffentlichen Verkehr gewidmet, er dient vor allem den Landwirten, damit sie mit ihren Maschinen ihre Acker- und Grünlandflächen erreichen können.

Nun ist dieser Weg, trotz der Unterhaltungsmaßnahmen der Gemeinde und der Anlieger, in einem kritischen Zustand. Es besteht die Gefahr, dass die Nutzer und deren Fahrzeuge zu Schaden kommen.

Ein Ausbau würde rund 571.000 Euro kosten. Aus dem europäischen Fördertopf für die regionale Entwicklung gibt's einen Zuschuss. Dennoch: bei der Gemeinde Tostedt bleibt noch ein Finanzierungsanteil von rund 321.000 Euro. Verdammt viel Geld. So tut sich der Gemeinderat auch schwer, der Gesamtlösung zuzustimmen.

Nunmehr liegt ein Kompromissvorschlag von Peter Johannsen (SPD) aus dem Bauausschuss vor.

■ Die Planungen für die Maßnahme Wüstenhöfener Aue sollen umgesetzt werden, jedoch mit folgenden Änderungen:

■ Der 1. Abschnitt bis einschließlich Bahnkreuzung soll nicht erneuert werden. Die gesamte Maßnahme sollte einschließlich Fördermittel nur insgesamt ca. 300.000 Euro kosten.

Ist dieser Kompromiss tragfähig? Nach der Ratssitzung am 10. März 2011 wissen wir mehr.

Kommunalpolitik gestalten und entscheiden!

Sie können

- Zuhören
- Auf Menschen zugehen
- Kreative Ziele entwickeln
- Kommunikativ und durchsetzungsfähig sein.

Sie suchen

- Umgang mit netten und engagierten Menschen
- Gestaltungs- Entwicklungsmöglichkeit
- Interessante Aufgaben und Anerkennung
- Möglichkeiten, sich für soziale Werte einzusetzen.

Dann sind Sie unsere Kandidatin/unser Kandidat für die Kommunalwahl 2011 in der Samtgemeinde Tostedt und/oder in einer ihrer Mitgliedsgemeinden. Entweder in Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle oder Wistedt!

Sie sind interessiert –

dann melden Sie sich bitte bei Reinhard Riepshoff

Mobil 0177 3413915 - E-Mail callmooria@aol.com, Telefon 04182 4550 - Fax 04182 4550

Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein Tostedt, 21255 Tostedt; Reinhard Riepshoff (rr); Redaktion: Klaus-Dieter Feindt (kd) (verantwortlich), Gerd Schröder (gs), Matthias Schuback; Seiten 1/4: Melf-Carsten Hansen; Fotos: Melf-Carsten Hansen, Fotostudio Leitner

Homepage: www.spd-tostedt.de;

Kontakt: callmooria@gmx.de

0177:3413915

Seiten 2+3: SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz; Redaktion: Dr. Manfred Lohr (verantwortlich), Layout und Satz: Seiten 2+3: Tini Eckardt

Auflage: 7.200 Exemplare, Druck: Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Ausgabe März 2011

An alle Haushaltungen mit Tagespost